

Kämpfen mit Karl Theodor zu Guttenberg

Der Abgeordnete Rainer Arnold (SPD) sieht sich als Gegenspieler des Verteidigungsministers

Lärmschutzwände für Leinfelden-Echterdingen und ein Volksentscheid über das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21: Das hat der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) beim Neujahrspressegespräch in Unterensingen gefordert.

ANTJE DÖRR

Unterensingen. Rainer Arnold hat in diesen Tagen keinen einfachen Job. Seine SPD kommt aus dem Umfragetief einfach nicht heraus. Und als verteidigungspolitischer Sprecher der größten Oppositionspartei im Bundestag ist Rainer Arnold Gegenspieler der schillerndsten Figur, die die Berliner Hauptstadtbühne aktuell zu bieten hat: Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU). Der Sozialdemokrat nimmt's sportlich. „Ich weiß, dass das ein ungleicher Wettbewerb ist“, sagte er beim Neujahrspressegespräch in Unterensingen. Inzwischen sei er jedoch in der Rolle angekommen.

Für seinen Kontrahenten findet Rainer Arnold naturgemäß keine lobenden Worte. Besonders die mediale Inszenierung, die der Verteidigungsminister in letzter Zeit betreibt, ärgert ihn. „Dass Guttenberg seine Frau nach Afghanistan mitnimmt, ist

mir völlig egal“, sagt er. Dass jedoch wegen ihr und dem Team um den Moderator Johannes B. Kerner im Flugzeug kein Platz für Bundestagsabgeordnete gewesen sei, findet er unerträglich. „Die Präsenz von Abgeordneten soll zeigen, dass das Parlament hinter den Soldaten steht.“ Überdies missfällt ihm der Politikstil des CSU-Politikers, dem Kanzlerambitionen nachgesagt werden. „Guttenberg betreibt eine Boulevardisierung der Politik nach dem amerikanischen Modell“, findet Arnold.

Die Aussetzung der Wehrpflicht, die die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, hält der verteidigungspolitische Sprecher der SPD im Bundestag grundsätzlich für „richtig und zwingend“. Die Sozialdemokraten hätten diesen Schritt schon vor drei Jahren auf dem Hamburger Parteitag vorgeschlagen, weil die Wehrpflicht ungerecht sei und nicht mehr zur veränderten Studien- und Berufswelt passe.

Allerdings mache die Bundesregierung zu wenig aus der Chance, die die Aussetzung der Wehrpflicht berge. „Freiwilligendienste müssen in ihrer ganzen Bandbreite gestärkt werden“, findet Arnold. Dienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) müssten für junge Menschen materiell und ideell interessanter werden. Der Sozialdemokrat befürchtet, dass das nicht

gelingen wird. „Wenn man mit den Trägern redet, merkt man, dass sie sich große Sorgen machen“, sagt Arnold. Besonders bange ist ihm um die Zivildienstplätze in den Behinderteneinrichtungen im Landkreis. Wenn es in diesem Bereich keine Freiwilligen mehr gebe, müssten behinderte Menschen vermutlich wieder verstärkt in Heimen untergebracht werden, anstatt sie in die Selbstständigkeit zu entlassen.

Aus der Diskussion um das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm hat der Bundestagsabgeordnete, der das Projekt im Verkehrsausschuss der Regionalversammlung einst selbst begleitet hat, eine Lehre gezogen. „Es reicht nicht, zu sagen, dass es genügend parlamentarische und juristische Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt“, findet er. Es brauche weitere Module der direkten Demokratie. „Sonst verlieren die Bürger das Vertrauen in die Demokratie.“ Deshalb setze sich die SPD für einen Volksentscheid ein.

Kritik übt Rainer Arnold an der Führung der Schnellbahntrasse auf den Fildern. Während die Strecke für die Regionen um Kirchheim und Nürtingen die beste Lösung sei, sei sie für die Filder allenfalls die billigste. „Besser wäre eine Trasse parallel zur Autobahn“ findet Arnold.

Auf der S-Bahn-Strecke zum Flughafen, wo künftig auch Schnellzüge nach Ulm fahren sollen, entstehe ein Nadelöhr, möglicherweise mit Nachteilen für die Menschen in Leinfelden-Echterdingen. „Es kann nicht sein, dass kein Geld für Lärmschutzmaßnahmen in Leinfelden-Echterdingen übrig ist“, so Arnold. In diesem Fall müsse man sich nicht darüber wundern, wenn das Projekt noch weniger Akzeptanz finde als ohnehin schon.

Dass es in Kirchheim weniger Lärmschutz gibt als ursprünglich erhofft, muss man laut Rainer Arnold relativ sehen. „Tatsache ist: Nirgendwo fahren die Züge so nah an den Häusern vorbei wie in Leinfelden-Echterdingen.“ Außerdem werde die Trasse bei Ötlingen zum Schutz vor Lärm abgesenkt, in Dettingen gebe es Lärmschutzwände. „Der Sorge der Menschen ist Rechnung getragen worden“, sagt Rainer Arnold. Falls es in Leinfelden-Echterdingen Lärmschutzmaßnahmen gebe, würden sich die anderen Gemeinden jedoch bestimmt melden.

Der Landtagswahl im März blickt Rainer Arnold mit gemischten Gefühlen entgegen. „Die Wahl wird nicht so stark auf Stuttgart 21 konzentriert sein, wie wir das noch im November gedacht hatten“, glaubt er. Sein Wunschergebnis: 25 plus x.

Teckbote, 05.01.2011